

Gutachten für den Fachbereich Raumordnung, Sach- und Kulturgüter Dipl.-Ing.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Olga Lackner

Befund

A. Vorhabensbeschreibung:

Die ASAMER Kies- und Betonwerke GmbH, Unterthalhamstraße 2, A-4694 Ohlsdorf, gewinnt seit Jahrzehnten in der Kalkschottergrube Viecht in der KG Windern grundeigenen mineralischen Rohstoff (Kalkschotter) in Form einer Trockenbaggerung.

Nunmehr beabsichtigt die ASAMER Kies- und Betonwerke GmbH, ausgehend von der Abbauendböschung des bestehenden Abbaus Viecht, die Erweiterung auf die direkt nördlich davon liegenden Grundstücke (Grundstücksteile) 2107/1, 2137, 2138/1 und 2139/1, KG.: Windern, OG.: Desselbrunn (= Erweiterung Abbau Viecht Nord I) und im Anschluss daran die Restauskiesung im derzeit bestehenden Abbaubereich. Die Gewinnung soll, wie bisher im bestehenden Abbau, ausschließlich in Form einer Trockenbaggerung erfolgen (Einreichprojekt Dok.Nr. B.01.01. Gewinnungsbetriebsplan).

Im bestehenden, genehmigten Abbau befinden sich die errichteten Bergbauanlagen (Aufbereitungsanlage, Disposition mit Brückenwaage, Betriebstankstelle, Trafostation, etc.), die auch für den Gewinnungsbetrieb in der Erweiterung erforderlich sind. Außerdem befindet sich direkt benachbart zur Aufbereitungsanlage eine Asphaltmischgutanlage der Lieferasphalt GmbH & Co Viecht (LAV / Fremdfirma), die mit Produkten aus der Aufbereitung Viecht der ASAMER Kies- und Betonwerke GmbH beliefert wird.

Aus diesem Grund erfolgt zuerst die Gewinnung des mineralischen Rohstoffs in der Erweiterungsfläche Viecht Nord I, und erst im Anschluss daran die restliche Gewinnung des mineralischen Rohstoffs im bestehenden Abbau. Durch diese gewählte Abbauführung können die zuvor genannten Anlagen noch weiter genutzt werden und brauchen erst ab Beginn der restlichen Gewinnung im bestehenden Abbau rückgebaut werden. Im Zuge des Rückbaus der

Asphaltmischgutanlage erfolgt auch die Auflassung von zwei Stichleitungen zur Gasversorgung dieser Anlage.

Ebenso ist es notwendig, die bestehende Stromversorgung (30 kV-Freileitung, 30 kV-Erdkabel, Trafostationen) im Zuge des Rückbaus der Bergbauanlagen rückzubauen und neu zu errichten.

Für die Gewinnung in der Erweiterungsfläche Viecht Nord I werden also auch in Zukunft Flächen des bestehenden Abbaus weiter beansprucht. Für die beanspruchten Flächen der Erweiterung des Abbaus werden ca. 7,4 ha und für die weiter beanspruchten Flächen im Abbau Bestand ca. 13,7 ha erforderlich.

Im Zuge der Rekultivierung im bestehenden Abbau Viecht erfolgt eine teilweise Wiederverfüllung der geschaffenen Tagbauöffnung mit Bodenaushubmaterial (= Errichtung / Betrieb BA-Deponie Viecht I) sowie die Anlage von Schlammteichen für die Einbringung der Waschschlämme aus der bestehenden Aufbereitungsanlage.

Folgende Vorhabensdetails sind aus Sicht der Teilgutachten Raumplanung, Sach- Und Kulturgüter relevant:

- Abbau: Trockenbaggerung, Baumaschinen (Radlader, Bagger, Raupe)
- Beanspruchte Abbaufäche: 21,1ha
- Erweiterung Nord I: 7,4ha
- Weiter beanspruchte Flächen Abbau Bestand: 13,7ha
- Lagerstätteninhalt: Erweiterung Nord I ca. 1 433 000 m³
- Abbau Bestand / wesentl. Änderung ca. 666 000 m³

Für die geplante Jahresfördermenge ca. 110 000 m³ (Erweiterung) und ca. 120 000 m³ (Abbau Bestand) wird ein Zeitraum der Abbautätigkeiten einschließlich Endrekultivierung von ca. 20 Jahren angegeben.

Das Vorhaben liegt in der Ortschaft Viecht der oberösterreichischen Gemeinde Desselbrunn im Bezirk Vöcklabruck. Die Gemeinden Ohlsdorf, Regau, Attnang-Puchheim, Redlham, Rüstorf, Roitham, Laakirchen grenzen an die Standortgemeinde Desselbrunn an.

Gemäß Natur- und Landschaftsleitbild der OÖ.Landesregierung Abteilung Naturschutz liegt der verfahrensgegenständliche Landschaftsraum zur Gänze und das Untersuchungsgebiet zum Großteil in der Raumeinheit „Ager-Traun-Terrassen“ bzw. ihrer Untereinheit „Waldgebiete der Niederterrasse“, das Untersuchungsgebiet hat ebenfalls Anteil an deren Untereinheiten „Agrarlandschaft auf höheren Terrassenniveaus“ und „Verdichtete Siedlungsgebiete“. Weiters

liegt das Untersuchungsgebiet zum Teil in der Raumeinheit „Traun Schlucht“ bzw. ihrer Untereinheit „Engtal“.

Der Untersuchungsraum umfasst einen Teil der Traun Schlucht und der Niederterrassen an der Traun nördlich von Steyrermühl. Die Landschaft im Untersuchungsraum wird von der Schluchstrecke der Traun und den rechts- und linksufrigen walddominierten Niederterrassen geprägt. Die Traun ist durch die flussabwärts gelegenen Wasserkraftwerke Siebenbrunn und Traunfall durch Stauung beeinflusst, aufgrund der naturnahen Ausprägung der Schluchstrecke wird ihre Sensibilität im Untersuchungsraum als hoch beurteilt.

Ein großer Bereich im Süden des Untersuchungsraumes links der Traun wird vom bestehenden Schotterabbau Viecht Süd und angrenzenden Betriebs- und Lagerflächen eingenommen.

Die nächstgelegenen Siedlungen sind

- im Norden Viecht (Entfernung ca. 700 m),
- im Osten die Siedlungs- und Gewerbeflächen der Ortschaft In der Au (Entfernung ca. 300 m),
- im Süden Ehrenfeld (Entfernung ca. 1200 m, südlich der A1),
- im Westen Penesdorf (Entfernung ca. 800 m) und Hamet (Entfernung ca. 350 m)
- sowie links der Traun der Weiler Hamet.

Die Festlegung des Untersuchungsraums in der UVE erfolgte basierend auf allen erheblichen und nachhaltigen Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter in ihrer räumlichen Ausdehnung.

B. Aufgabenstellung:

Da die Ziele des OÖ. Raumordnungsgesetzes den umfassenden Schutz der Umwelt vor schädlichen Einwirkungen sowie die Sicherung oder Wiederherstellung eines ausgewogenen Naturhaushaltes angeben, ist eine Bewertung der Umweltauswirkungen des Vorhabens im Sinne des UVP-Gesetzes erforderlich. So sind beispielsweise die Auswirkungen des Projektes auf die Entwicklung des Raumes unter Berücksichtigung öffentlicher örtlicher und überörtlicher Raumordnungsprogramme, sowie öffentlicher schutzrechtlich relevanter Pläne (wie Naturschutzgebiet, Landschaftsschutzgebiet, Wasserschutzgebiet, Kiesleitplan) im Hinblick auf die zu erwartenden Nutzungsänderungen bzw. Flächeninanspruchnahmen zu bewerten.

Auf Basis der dargestellten Rechtsgrundlage ergibt sich aus fachlicher Sicht nachfolgender Beurteilungsgegenstand:

Die Beurteilung von durch das Vorhaben zu erwartenden Auswirkungen auf die Entwicklung des Raumes unter Berücksichtigung öffentlicher örtlicher und überörtlicher Raumordnungsprogramme, sowie öffentlicher naturschutzrechtlich relevanter Pläne (wie Naturschutzgebiet, Landschaftsschutzgebiet, Kiesleitplan) im Hinblick auf die zu erwartenden Nutzungsänderungen bzw. Flächeninanspruchnahmen.

Demgemäß erfolgt nachfolgende gutachterliche Beurteilung ob und wie sich das geplante Vorhaben auf die Struktur und Entwicklung des Raumes auswirkt, anhand der Darstellung des Einreichprojektes und der UVE. Hierbei sind sowohl positive als auch negative Wirkungen auf vorhandene Nutzungen bzw. künftige Entwicklungen (Wohnen, Siedlungsstruktur, Erholungsnutzung, Grünzonen etc.) zu berücksichtigen.

Für den Fachbereich der Sach- und Kulturgütern bzw. des kulturellen Erbes erfolgt eine Beurteilung in welchem Ausmaß eine Beeinträchtigung durch das beantragte Vorhaben möglich ist und wie allfällige Beeinträchtigungen zu bewerten sind. Die Beurteilung ob es durch Erschütterungen, Luft- und Lärmimmissionen zu Beeinflussungen von Siedlungswesen und für Sach- und Kulturgüter kommt, erfolgt aufbauend auf den jeweiligen Fachgutachten.

Im Rahmen des Prüfbuches zur Erstellung des Umweltverträglichkeitsgutachtens hat die UVP-Behörde Beweisfragen an die Gutachter zur Erstellung der fachlichen Stellungnahmen festgelegt. Das gegenständliche Gutachten umfasst auch die Fragebeantwortungen.

Raumrelevante Rahmenbedingungen

Flächenwidmung

Die Flächen des bestehenden / genehmigten Abbaus und somit auch die davon weiter beanspruchten Flächen, und die Flächen für die geplante Abbauerweiterung (Abbau Viecht Nord I) sind im Flächenwidmungsplan als Grünland / Land- und Forstwirtschaft, zur Gänze mit der Nutzung Wald ausgewiesen.

Der bestehende / genehmigte Abbau und eine Teilfläche der geplanten Abbauerweiterung liegen innerhalb der Abbaufelder Viecht (bergrechtliche Festlegung) bzw. ist der südliche Teil des Abbaus Bestand mit der Widmung „Abgrabungsgebiet Kies“ versehen.

Wasser

Da beim gegenständlichen Vorhaben kein Nassabbau durchgeführt wird, kommt es zu keinen Veränderungen im Grundwasser. Durch den fehlenden Eingriff in den Grundwasserkörper und einen minimalen Abstand zur Vorflut von ca. 75 m sowie die parallel bis maximal leicht schräg zum Vorfluter orientierte Strömungsrichtung des Grundwassers können aufgrund der Reinigungswirkung im Untergrund weder qualitative Veränderungen (z.B. Trübungen) noch quantitative Veränderungen bis in den Bereich der Vorflut abgeleitet werden.

Wald

Durch das Vorhaben kommt es zu Beanspruchungen der Waldtypen Nadelholz- und Laubholz-Mischforst (5,15 ha) und Mesophiler Buchenwald (1,12 ha). Weiters werden 1,03 ha Schlagfläche beansprucht. Der überwiegende Teil dieser Flächen hat gemäß Waldentwicklungsplan eine Nutzfunktion. Durch die Weiternutzung bestehender Anlagen kommt es zu zeitlich verzögerter Wiederaufforstung, aber keinen zusätzlichen Waldverlusten. Die für die Dauer des Vorhabens maximal gleichzeitig offene Waldfläche beträgt ~3 ha. Durch die unmittelbar nach Abbauende eines Abschnitts erfolgende Rekultivierung wird die Dauer der Rodung so kurz wie möglich gehalten, sodass sich nach Beendigung des Abbaus im Gesamtvorhaben auf den zuerst abgebauten Abbauabschnitten bereits Waldbestände etabliert haben werden. Durch den im Norden des Vorhabens vorgesehenen Forstweg wird die Erreichbarkeit angrenzender Waldflächen gewährleistet, somit bestehen keine forstlichen Nutzungseinschränkungen.

Die beantragten Rodungen entfallen auf Waldflächen, die im Waldentwicklungsplan (WEP) dem Waldfunktionsgebiet „Unterbewaldeter Bereich zw. Traun und Ager. Die Leitfunktion ist hier die Nutzfunktion (Wertzahl 1-2-1). Für den von Rodungen betroffenen Bereich der Hochterrasse wurde im WEP wegen der ebenen Lage zwar eine geringe Wertigkeit der Schutzfunktion, jedoch wegen „Ausgleich des Wasserhaushalts“ eine mittlere Wertigkeit der Wohlfahrtsfunktion ausgewiesen.

Die Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzfunktion und die Erholungsfunktion werden in der UVE als geringfügig bewertet.

Landschaft

Das Landschaftsbild ist durch die Traun mit ihren bewaldeten Steilufern und daran anschließend durch die walddominierten Niederterrassen geprägt.

Die Ortschaft Viecht im Norden des Untersuchungsgebiets liegt orografisch links der Traun im Übergangsbereich der bewaldeten Niederterrasse zur höhergelegenen, landwirtschaftlich genutzten Ager-Traun-Terrassenlandschaft.

Vom Vorhaben direkt betroffen ist die walddominierte Niederterrasse links der Traun. Dieser Bereich der Niederterrasse ist zum überwiegenden Teil mit Wald in intensiver forstlicher Nutzung bestockt. Es handelt sich um ältere Fichtenforste mit beigemischten Laubbäumen und teilweise gut ausgeprägter Strauchschicht, forstlich beeinflusste Buchenwälder, sowie Schlagflächen in unterschiedlichen Sukzessionsstadien, auf denen teilweise mit Fichte oder auch standortgerechten Baumarten aufgeforstet wurde.

Im Südosten des Teilraums, zwischen Gemeindestraße und Traunschlucht, befindet sich das bestehende Schotterabbaugebiet Viecht, der aufgrund der topografischen Lage und Sichtverschattung durch Waldflächen nur kleinräumig sichtbar ist. In Blickrichtung Süden ist eine schwache Kulissenwirkung durch die Berge im Hintergrund gegeben.

Andere Teilräume liegen außerhalb des Vorhabensgebiets und werden nur indirekt beeinflusst.

Gutachten

Aus Sicht des Fachbereiches Raumplanung kann nachfolgende Beurteilung abgegeben werden:

Die ASAMER Kies- und Betonwerke GmbH, Unterthalhamstraße 2, A-4694 Ohlsdorf, gewinnt seit Jahrzehnten in der Kalkschottergrube Viecht auf den Grundstücken (Grundstücksteilen) 2138/2, 2141 und 2142/1, KG.: Windern, OG.: Desselbrunn, grundeigenen mineralischen Rohstoff (Kalkschotter) in Form einer Trockenbaggerung.

Die Erweiterung des Abbaus Viecht Nord I liegt in der Gemeinde Desselbrunn in einem Waldbereich im Norden des bereits bestehenden Abbaus.

Neu zu errichtende Infrastrukturbauten im Bereich des Kiesabbaues sind nicht vorgesehen, es erfolgt ausschließlich die Weiternutzung bestehender Anlagen.

Standortwahl

Die beantragte Erweiterung bedeutet eine Fortführung der Abbautätigkeiten auf neuen, noch nicht ausgeklasten Flächen. Anders als bei Eröffnung einer neuen Abbaustätte an einem anderen Standort können daher – mit allen damit verbundenen nicht nur ökonomischen, sondern vor allem auch ökologischen Vorteilen – die bestehenden infrastrukturellen Einrichtungen zur Aufbereitung des gewonnenen Rohstoffs, zur Weiterverarbeitung Asphaltmischgutanlage der LAV / Fremdfirma) und Vermarktung des gewonnenen Rohstoffs praktisch unverändert weitergenutzt werden.

Hinzu kommt, dass sich das Schottervorkommen in Viecht in seiner Zusammensetzung und Qualität als Naturbaustoff auszeichnet und vor allem im Einsatz als Asphaltzuschlagstoff in der Straßenbauindustrie hervorragend geeignet ist. Der gegenständliche Betriebsstandort der AKB in Viecht garantiert seit Jahrzehnten eine gesicherte Versorgung im Salzkammergut und ist auch mit der geplanten Erweiterung ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in der Region.

All dies zeigt, dass das gegenständliche Vorhaben bzw. der Weiterbetrieb des Abbaus Viecht – unter Berücksichtigung der in den Einreichunterlagen dargelegten Überlegungen und Erkenntnissen – von öffentlichem Interesse ist.

Um die Rohstoffgewinnung am Standort Viecht längerfristig abzusichern wird die Weiterführung des Abbaus auf den im Kiesleitplan Vöckla-Ager (2012) als Vorbehaltszone ausgewiesenen Flächen angestrebt.

Für den derzeit bestehenden Abbau Viecht wurden die notwendigen Bergbauanlagen, sowie die notwendige Infrastruktur (Zu- und Abfahrt, Netzanschluss) bereits errichtet und können bei der geplanten Abbauerweiterung weitergenutzt werden.

Der bestehende Abbau Viecht ist verkehrstechnisch aufgeschlossen. Die verkehrstechnische Erschließung des bestehenden / genehmigten Abbaugebietes und der vorhandenen Anlagen (Bergbauanlagen, Asphaltmischwerk LAV) erfolgt für die Zeitdauer der Gewinnungstätigkeiten in der geplanten Erweiterung Viecht Nord I über die bestehende und auch bisher genutzte Betriebszufahrt an der westlichen Grenze des bestehenden Abbaus, ausgehend von der Desselbrunner Straße (GP.: 2643, KG.. Windern, OG.: Desselbrunn). Die Abbauführung erfolgt derart, dass die bestehende Ein- / Ausfahrt solange als möglich erhalten bleibt. In der westlichen Abbauendböschung wird jedoch im Zuge der Abbautätigkeit eine neue Zu- / Abfahrt angelegt.

Durch das beantragte Vorhaben Erweiterung Kalkschotterabbau Viecht ist keine gänzlich neue Standorterschließung in einem bisher unbelasteten Gebiet erforderlich. Bereits existierende Infrastruktur kann fortführend genutzt werden. Mit der geplanten Abbauerweiterung erfolgt für die nähere Zukunft die Sicherung von grundeigenem mineralischen.

Aus fachlicher Sicht ist die Standortwahl somit plausibel.

Die Erweiterung des bestehenden Standorts ist insgesamt aus raumordnungsfachlicher Sicht zu befürworten, da auf bereits bestehende betriebliche Infrastrukturen oder Verkehrserschließung zurückgegriffen werden kann und keine diesbezüglich unbelasteten Landschaftsräume mit einer allfälligen Errichtung von Infrastrukturen in Anspruch genommen werden müssen.

Die beantragte Erweiterung bedeutet eine Fortführung der Abbautätigkeiten auf neuen, noch nicht ausgekiesten Flächen.

Landschaft

Es kommt im unmittelbaren Eingriffsbereich durch die Flächenbeanspruchung von Wald- und Schlagflächen sowie die mit dem Abbau einhergehenden Geländeänderungen zu einer starken Veränderung des Landschaftsbildes. Allerdings wird die Grube als standortgerechter Laubmischwald mit im Naturraum vorkommenden Landschaftsstrukturen (Au- und Buchenwälder) rekultiviert. Die befristeten Rodungsflächen auf Abbausohle und Abbauendböschungen werden standortgerecht als strukturreicher Laubmischwald wiederbewaldet. Eine Einsehbarkeit auf Teilbereiche des Vorhabensgebiets von außerhalb ist nur von wenigen Punkten aus gegeben.

Sach- und Kulturgüter

Aus Sicht des Schutzgutes Sachgüter sind ausschließlich jene für das Vorhaben von Relevanz, welche im direkten Bereich des Vorhabens liegen:

- Asphaltmischgutanlage der Lieferasphalt GmbH & Co Viecht (LAV)
- Gasleitung der Netz OÖ GmbH
- 30 kV-Freileitung und ein 30 kV-Erdkabel der Netz Oberösterreich GmbH, Neubauzeile
- 99, 4030 Linz
- Fahrweg im Erweiterungsgebiet

Auf die genannten Sachgüter ist mit keinen Auswirkungen zu rechnen.

Kulturgüter sind Objekte historischer, künstlerischer oder kultureller Bedeutung aus allen Epochen menschlicher Zivilisation. Es befinden sich keine Kulturgüter im Vorhabensbereich, auch nicht im näheren Umfeld (50 m-Puffer, weitergehende Wirkungen sind nicht zu erwarten). Folglich sind keine Auswirkungen auf das Schutzgut Kulturgüter zu erwarten.

Bei Unterbleiben des Vorhabens ergeben sich für den Fachbereich Sach- und Kulturgüter weder relevante Vor- noch Nachteile.

Landschaftsgebundene Freizeit- und Erholungsnutzung

Die bezüglich Erholungsnutzung relevante Auswirkungen ist im Wesentlichen die Beanspruchung der ca. 7,4 ha großen Erweiterung im Norden des bestehenden Abbaus.

Dadurch wird der ausgewiesene Reitweg unterbrochen. Im Norden der Erweiterungsfläche wird ein neuer Forstweg errichtet, der als Ersatz dienen soll. Weiters sind weder der ausgewiesene Radweg im Westen noch der Wanderweg im Osten des Vorhabens betroffen, ebenso nicht der Schießpark Salzkammergut-Viecht. Die Schießanlage des OÖ Landesjagdverband befindet sich in einem ehemaligen Schotterabbaugebiet südwestlich des Erweiterungsvorhabens.

Das Vorhaben bewirkt somit keine relevanten Auswirkungen auf die Erholungsnutzung (Tourismus).

Auswirkungen des Projektes auf die Entwicklung des Raumes unter Berücksichtigung öffentlicher örtlicher und überörtlicher Raumordnungsprogramme, sowie öffentlicher naturschutzrechtlich relevanter Pläne:

Überörtliche Raumordnung

Europäisches Raumentwicklungskonzept 1999

Im Europäischen Raumentwicklungskonzept (EUREK), 1999 wird in Kapitel 3.4, Seite 36, zum umsichtigen Umgang mit der Natur und dem Kulturerbe folgendes festgehalten:

(153) „....Derzeit werden landschaftsbeeinflussende Maßnahmen häufig unkoordiniert durchgeführt. Ihre Ergebnisse sind eher zufällig und spiegeln vielfach nur die verschiedenen Interessen der jeweils Beteiligten wider. [...] Durch die Förderung von Rohstoffen werden z.T. ganze Landschaften zerstört. Für viele Gebiete in Europa ist daher eine individuell angepasste und kreative Landschaftspolitik erforderlich.“

Durch Prüfung kumulierender Auswirkungen und Berücksichtigung von Wechselwirkungen im Raum zwischen den einzelnen Schutzgütern gem. UVP-G 2000 idgF und Wirkfaktoren im Zuge der Erstellung der Unterlagen zur Umweltverträglichkeit, wird den oben angeführten Bedenken interdisziplinär begegnet. Die vorangegangene Standortwahl, aber auch die Auseinandersetzung mit den Vorgaben des Kiesleitplanes weist in diesem Sinne auf eine koordinierte Vorhabensplanung hin.

Österreichisches Raumentwicklungskonzept 2011

Gemäß dem Österreichisches Raumentwicklungskonzept (ÖREK), 2011 soll die Entwicklung der ländlichen Räume die Vielfalt, Eigenständigkeit und Leistungsfähigkeit zum Ziel haben und dabei ihre Chancen im Bereich des Tourismus, der Land- und Forstwirtschaft, der Rohstoffgewinnung, der Industrie und des Gewerbes nutzen.

Das Vorhaben widerspricht den Ausführungen der ÖREK 2011 nicht.

Die Lage des Vorhabens nahe einer überregional bedeutsamen Infrastruktureinrichtung (A 1 West Autobahn) entspricht zudem der im Programm genannten Forderung nach Reduktion von Transportdistanzen.

Österreichischer Rohstoffplan 2012

Der Österreichische Rohstoffplan ist ein bundesweiter Masterplan zur Rohstoffsicherung. Auf das gegenständliche Erweiterungsvorhaben wird im Österreichischen Rohstoffplan 2010 nicht eingegangen.

Oberösterreichisches Raumordnungsgesetz, 1994

Dem Oberösterreichischen Raumordnungsgesetz, 1994 idgF., wird durch die im Vorhaben integrativ verankerte Maßnahmenplanung, durch welche die Landschaft und der Naturhaushalt nach Abschluss des Abbaus rekultiviert und wiederhergestellt werden, Rechnung getragen.

Landesraumordnungsprogramm 2017

Aus dem Landesraumordnungsprogramm 2017 lassen sich keine Einschränkungen für das gegenständliche Vorhaben ableiten. Das Erweiterungsvorhaben ist gem. § 6 Z 1b den mittelstädtisch geprägten Kernräumen zuzuordnen. Vöcklabruck ist gemäß § 4 Z 2 Abs 3 als Regionales Zentrum festgelegt. Das Erweiterungsvorhaben steht nicht im Widerspruch zum Ziel einer räumlichen Trennung von immissionsempfindlichen Nutzungen (Wohnen, Tourismus, Erholung) und Betriebsstandorten.

Kiesleitplan

Gemäß Richtlinie der OÖ Landesregierung über den Abbau von Sanden und Kiesen in der Region Vöckla – Ager, befindet sich das Vorhaben in Vorbehaltszonen (Teilfläche des Planungsraumes, in der fachliche Vorbehalte hinsichtlich einer Gewinnung mineralischer Lockergesteine bestehen, diese aber bei Einhaltung definierter Rahmenbedingungen grundsätzlich möglich ist). Es handelt sich dabei um eine Vorbehaltszone des Fachbereich Naturschutz: Vorbehalt mit Entwicklung naturnaher Waldflächen.

Hierzu ist im Erläuterungsbericht festgelegt: „Sollte eine freie Sukzession (bei der keinerlei aktive Aufforstungsmaßnahmen erfolgen würden) aus anderen Gründen nicht möglich sein, können auch Aufforstungen erfolgen, wenn diese mit standortgerechten Baum- und Straucharten, also jenen Arten, welche von Natur aus auf ähnlichen Standorten in der Umgebung des Abbaustandortes vorkommen, erfolgen. Dabei sollen primär Wildlinge aus der Umgebung verwendet werden. Wenn dies in einem ausreichenden Umfang nicht möglich ist, sind Forstgehölze aus Forstbaumschulen unter strikter Beachtung des Anerkennungszeichens

(entspr. forstliches Vermehrungsgutgesetz 2002) bzw. bei Sträuchern unter strikter Beachtung eines Zertifikates für die regionale Herkunft (z.B. REWISA) zu verwenden.“

Diese Vorgabe soll im Rahmen der Rekultivierungsplanung berücksichtigt werden.

Die geplante Erweiterungsfläche Viecht Nord liegt innerhalb der Forstfachlichen Vorbehaltszone (V-V5) – Vorbehalt Erweiterung:

Lage: Schottergrube Viecht, Erweiterung Nord

Begründung

- Die Gemeinde Desselbrunn ist mit 21,9% stark unterbewaldet
- Waldentwicklungsplan: Wertziffer 121 -> mittlere Wohlfahrtsfunktion aufgrund der Unterbewaldung
- Abbau vorstellbar, da es sich um die Erweiterung eines bestehenden Abbaues mit mächtigen Abbauhöhen handelt.

Durch die vorgesehenen Rekultivierungen und Ersatzaufforstungen bleibt das Ausmaß der Bewaldung erhalten.

Durch das gegenständliche Vorhaben ergeben sich somit keine Widersprüche zu den im Kiesleitplan als Vorbehaltszonen definierten Rahmenbedingungen sofern die die vorstehend genannten Rahmenbedingungen und insbesondere die geforderte, vorstehend zitierte Vorgabe hinsichtlich Rekultivierung, bei Projektrealisierung eingehalten werden.

Rechtswirksam verordnete Schutzgebiete im Untersuchungsgebiet:

Die Traun ist in Anlage 1 der Verordnung über den Landschaftsschutz im Bereich von Flüssen und Bächen angeführt. Für das Gewässer inkl. einen unmittelbar daran anschließenden 50 m breiten Geländestreifen gilt daher der Landschaftsschutz im Sinne des § 10 Oö. Natur- und Landschaftsschutzgesetz 2001. Das Untersuchungsgebiet liegt innerhalb des 50 m-Uferstreifens entlang der Traun. In diesem Bereich finden jedoch keine vorhabensbedingten Eingriffe statt und Auswirkungen auf die gewässerbegleitenden Streifen können ausgeschlossen werden.

Es befindet sich kein **geschützter Landschaftsteil** gemäß §12 Oö. Natur- und Landschaftsschutzgesetz 2001 im Untersuchungsgebiet.

Es befindet sich kein **Naturdenkmal** gemäß §16 Oö. Natur- und Landschaftsschutzgesetz 2001, im Untersuchungsgebiet.

Es befindet sich ein **Europaschutzgebiet** (FFH-bzw. Vogelschutzgebiet) gemäß § 24 Oö. Natur- und Landschaftsschutzgesetz 2001, im Untersuchungsgebiet. Das Vorhabensgebiet grenzt im Osten an das Europaschutzgebiet „Unteres Traun- und Almtal“ (FFH-Gebiet, AT313900000). Der Abstand beträgt minimal etwa 5 m. Durch das gegenständliche Vorhaben ergeben sich keine Flächenbeanspruchungen im Schutzgebiet. Vom Europaschutzgebiet „Untere Traun“ (Vogelschutzgebiet, AT3113000) werden laut Managementplan (Weißmair et al. 2011) im Rahmen des Abbaus auf einem Streifen von etwa 150 Meter Länge und maximal 40 Meter Breite insgesamt rund 4.100 m² Fichtenforst und Nadelwald temporär in Anspruch genommen. Erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele bzw. der Schutzgüter sind auszuschließen.

Da sich das Untersuchungsgebiet teilweise im vorgenannten Europaschutzgebiet „Untere Traun“ (Vogelschutzgebiet, AT3113000) und teilweise im gemeldeten Europaschutzgebiet „Unteres Traun- und Almtal“ (FFH-Gebiet, AT3139000) befindet, wurde ein Screening bezüglich der im FFH-Gebiet „Unteres Traun- und Almtal“ vorkommenden Schutzgüter (FFH-Lebensraumtypen) vorgenommen.

Es befindet sich kein **Naturschutzgebiet** gemäß § 25 Oö. Natur- und Landschaftsschutzgesetz 2001, im Untersuchungsgebiet.

Es sind keine **Wasserschon- und -schutzgebiete** im Bereich des bestehenden Abbaus und der geplanten Abbauerweiterung vorhanden.

Es finden keine vorhabensbedingten Eingriffe in die genannten Schutzgebiete statt.

Örtlichen Raumordnung

Flächenwidmungsplan, ÖEK, Abstände Bauland

Die Vorhabensfläche ist als Grünland - Land- und Forstwirtschaft, Ödland, mit Nutzungsart Wald gewidmet, Teilbereiche sind als Rohstoffgewinnungsstätte - Kies ausgewiesen. Im Bereich des bestehenden Abbaus sind eine Stromleitung und eine Gasleitung ersichtlich, deren Verlegung bzw. Rückbau ist im Vorhaben berücksichtigt. Im Osten ist ein Europaschutzgebiet ausgewiesen, dieses wird vom Vorhaben randlich berührt.

Die Wohngebiete im Osten (Gemeinde Laakirchen) sind mehr als 300 m entfernt, die diesbezüglichen Vorgaben des MinroG werden somit eingehalten.

Nach Abschluss der Abbautätigkeit auf der Erweiterungsfläche bzw. erfolgter Rekultivierung werden die wiederbewaldeten befristeten Rodungsflächen der Allgemeinheit wieder als Erholungsflächen zur Verfügung gestellt werden.

Die Festlegungen im Flächenwidmungsplan entsprechen auch dem Funktionsplan des Örtlichen Entwicklungskonzeptes.

Somit ergibt sich aus fachlicher Sicht kein Widerspruch zu den Vorgaben der örtlichen Raumplanung.

Sach- und Kulturgüter

Aus Sicht des Schutzgutes Sachgüter sind ausschließlich jene für das Vorhaben von Relevanz, welche im direkten Bereich des Vorhabens liegen: Die Asphaltmischgutanlage der Lieferasphalt GmbH & Co Viecht (LAV) wird noch während der Gewinnungstätigkeit in der Erweiterungsfläche Viecht Nord I (Abbaufortschritt AF4) durch die Lieferasphalt GmbH & Co Viecht (LAV) entfernt. Im Zuge der Demontage der Asphaltmischanlage erfolgt auch der Rückbau der Sticleitungen der Gasleitung der Netz OÖ GmbH. Der Abstand der verbleibenden Hauptleitung entlang der Straße zum Abbau Viecht beträgt ungefähr 20 m. Für die Gewinnung des mineralischen Rohstoffs im Abbau Bestand / weiter beanspruchte Flächen ist es notwendig, die 30 kV-Freileitung und ein 30 kV-Erdkabel der Netz Oberösterreich GmbH, Neubauzeile 99, 4030 Linz, zu entfernen. Notwendige Umlegungen dieser Leitungen sind in Zusammenarbeit mit dem Netzbetreiber geplant. Weiters fällt ein nördlich des bestehenden Abbaus Viecht verlaufender Fahrweg weg. Daher ist es notwendig, eine neue Zufahrtsmöglichkeit entlang der (nord)-östlichen Abbaugrenze der Abbauerweiterung zu errichten (siehe Dok.Nr. B.01.01).

Es befinden sich keine Kulturgüter im Vorhabensbereich, auch nicht im näheren Umfeld (50 m-Puffer, weitergehende Wirkungen sind nicht zu erwarten).

Für die Schutzgüter Sach- und Kulturgüter wurde daher ein No-Impact-Statement in der UVE abgegeben, dem aus fachlicher Sicht gefolgt werden kann.

Schlußfolgerung

Zusammenfassend kann somit festgestellt werden, dass das Vorhaben aus der Sicht der Raumplanung nicht im Widerspruch zu regionalen und überregionalen Entwicklungszielen und Plänen steht, insbesondere zu

- Überregionalen Planungskonzepten

- Siedlungsplanerischen Festlegungen und Entwicklungszielen
- Sicherung des Potentials der Erholungs- und Freizeitnutzung
- Schutzzonen gemäß Naturschutzgesetz
- Landwirtschaftlichen Entwicklungen
- Verkehrskonzepten

sowie örtlichen Raumordnungskonzepten wie

- Örtlichem Entwicklungskonzept
- Flächenwidmungsplan

Vom unmittelbaren Vorhaben sind ausschließlich als Wald gewidmete Flächen betroffen. Als Bauland ausgewiesene Flächen werden nicht beansprucht.

Das beantragte Vorhaben weist aus verkehrstechnischer Sicht keine Auswirkungen hinsichtlich Verkehrsfluss und Verkehrssicherheit auf. Es wird wie dargestellt bereits bestehende Verkehrs-Infrastruktur genutzt.

Die Erweiterung des bestehenden Standorts ist insgesamt aus raumordnungsfachlicher Sicht zu befürworten, da auf bereits bestehende betriebliche Infrastrukturen zurückgegriffen werden kann und keine diesbezüglich unbelasteten Landschaftsräume mit einer allfälligen Errichtung von Infrastrukturen in Anspruch genommen werden müssen.

Die beantragte Erweiterung bedeutet eine Fortführung der Abbautätigkeiten auf neuen, noch nicht ausgekierten Flächen. Bei projektgemäßer Umsetzung führt das Vorhaben zu keiner maßgeblichen Störung der Raumfunktionen.

Es sind insgesamt keine relevanten vorhabensbedingten Auswirkungen des Projektes auf die Entwicklung des Raumes unter Berücksichtigung öffentlicher örtlicher und überörtlicher Raumordnungsprogramme, sowie öffentlicher schutzrechtlich relevanter Pläne (wie Naturschutzgebiet, Landschaftsschutzgebiet, Wasserschutzgebiet, Kiesleitplan) im Hinblick auf die zu erwartenden Nutzungsänderungen bzw. Flächeninanspruchnahmen zu erwarten.

Somit ergeben sich für den Fachbereich Raumplanung bei Realisierung des Vorhabens geringfügige Auswirkungen auf das Landschaftsbild und tierische und pflanzliche Lebensräume durch Flächeninanspruchnahme und Rodung des darauf stockenden Waldes.

Unter Berücksichtigung der Faktoren der Standortwahl, steht das Vorhaben somit in keinem Widerspruch zu regionalen und überregionalen Entwicklungszielen und Plänen. Durch Berücksichtigung der Bedingungen für Abbauvorhaben in Vorbehaltszonen des OÖ

Kiesleitplans, und unter Verweis auf die vorstehenden Ausführungen aus Sicht der Raumplanung, ist mit vertretbaren Auswirkungen auf Landschaft und Raumgefüge zu rechnen.

Aus diesem Grund ist das Vorhaben unter Berücksichtigung allfälliger vorgeschlagener Maßnahmen, möglicher unmittelbarer und mittelbarer Auswirkungen des Vorhabens bzw. der Entwicklung des Raumes im Hinblick auf öffentliche Konzepte und Pläne bzw. den darin enthaltenen Zielsetzungen aus fachlicher Sicht unter den im Untersuchungsrahmen definierten Gesichtspunkten, insbesondere der Intensität der Auswirkungen, der Häufigkeit und Dauer der Auswirkungen, deren Langfristigkeit, Reversibilität, Akkumulierbarkeit, allfälliger Wechselwirkungen und Wechselbeziehungen sowie unter dem Gesichtspunkt der Vorsorge entsprechend nachfolgender Skala des Prüfbuches wie folgt zu beurteilen:

geringfügige Wirkungen	Die Auswirkungen des Vorhabens bedingen derart geringe nachteilige Veränderungen im Vergleich zur Prognose ohne Realisierung des Vorhabens (Null-Variante), dass diese in Bezug auf die Erheblichkeit der möglichen Beeinträchtigung in qualitativer und quantitativer Hinsicht vernachlässigbar sind.
-------------------------------	--

Bei Unterbleiben des Vorhabens unterbleibt eine lokal raumwirksame Veränderung der Landschaft und der damit zusammenhängenden Infrastruktur. Somit ergeben sich für den Fachbereich Raumplanung bei Realisierung des Vorhabens geringfügige Auswirkungen auf Landschaft und Raumgefüge..

Bei Unterbleiben des Vorhabens ergeben sich für den Fachbereich Sach- und Kulturgüter weder relevante Vor- noch Nachteile.

Beantwortung der Einwendung

1. Auflagenvorschläge:

Aus fachlicher Sicht sind keine eigenständigen Maßnahmen erforderlich.

C. Zusammenfassung:

Es handelt sich beim gegenständlichen Vorhaben um die Erweiterung des derzeit bestehenden und genehmigten Abbaus von grundeigenem mineralischen Rohstoff am Betriebsstandort Erweiterung Kalkschottergrube Viecht Nord I, Desselbrunn der ASAMER Kies- und Betonwerke GmbH.

Die Erweiterung des bestehenden Standorts ist aus raumordnungsfachlicher Sicht zu befürworten, da auf bereits bestehende betriebliche Infrastrukturen oder Verkehrserschließung zurückgegriffen werden kann und keine diesbezüglich unbelasteten Landschaftsräume mit einer allfälligen Errichtung dieser im Regelfall problematischen Infrastrukturen in Anspruch genommen werden müssen.

Die beantragte Erweiterung bedeutet eine Fortführung der Abbautätigkeiten auf neuen, noch nicht ausgekiesten Flächen.

Bei Realisierung des Vorhabens kommt es durch Rodung von Waldflächen zu Verlust an Erholungsraum und Waldfunktion. Beim gegenständlichen Vorhaben ist somit die Flächenbeanspruchung auf der Erweiterungsfläche Viecht Nord I, einschließlich der damit einhergehenden Rodungstätigkeit, sowie die Fortführung des Betriebes aus den Bestandsanlagen, der maßgebliche Eingriff.

Darüber hinaus kommt es im Wesentlichen zu keinen weiteren direkten oder indirekten negativen Beeinträchtigungen von erholungs- und freizeitrelevanten Einrichtungen, Sach- und Kulturgütern. Die Bewegungslinien haben eine überörtliche Bedeutung, deren Funktion bleibt jedoch mit Projektrealisierung erhalten.

Zusammenfassend kann somit festgestellt werden, dass das Vorhaben in folgenden Bereichen der Raumplanung in keinem Widerspruch zu regionalen und überregionalen Entwicklungszielen und Plänen steht, insbesondere zu

- Siedlungsplanerischen Festlegungen und Entwicklungszielen
- Sicherung des Potentials der Erholungs- und Freizeitnutzung
- Schutzzonen gemäß gesetzlicher Bestimmungen
- Landwirtschaftlichen Entwicklungen
- Verkehrskonzepten

Die Auswirkungen des Vorhabens bedingen somit bei projektgemäßer Umsetzung derart geringe nachteilige Veränderungen der regionalen Raumfunktionen und somit Auswirkungen auf das Landschaftsbild, Erholungswirkung und die regionale Biotopverbundfunktion im

Vergleich zur Prognose ohne Realisierung des Vorhabens (Null-Variante), dass diese in Bezug auf die Erheblichkeit der möglichen Beeinträchtigung in qualitativer und quantitativer Hinsicht vernachlässigbar sind.

Somit werden die Auswirkungen des Vorhabens als vertretbar hinsichtlich regionaler und überregionaler Entwicklungsziele und Pläne beurteilt.



Dipl.-Ing.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Olga Lackner

Allgemein beeidete gerichtliche Sachverständige
Diplomierte Umwelttechnikerin
Landschaftsarchitektin

Linz, 25. August 2023